

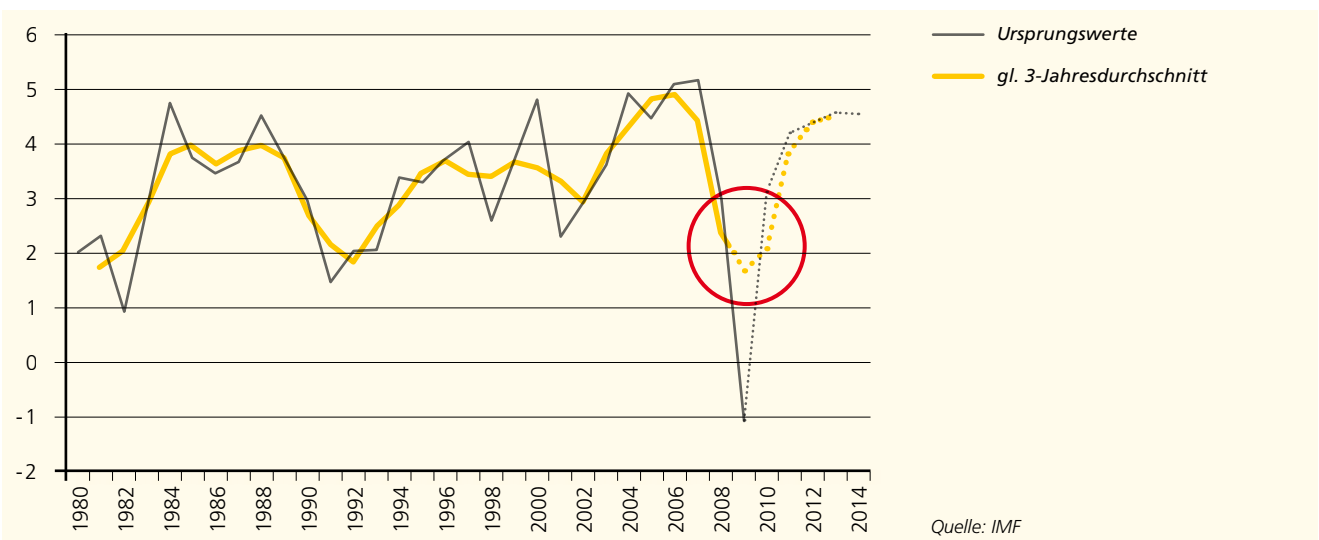
AUSWIRKUNGEN DER FINANZMARKTKRISE AUF KONJUNKTUR, ARBEITSMARKT UND ÖFFENTLICHE HAUSHALTE IN DEUTSCHLAND

>> von Helmut Wienert > In Pforzheim hat sich wie in vielen anderen Kommunen die Haushaltslage im Verlauf des Jahres 2009 dramatisch verschlechtert. Die Stadt lud vor diesem Hintergrund die Bürger am 10. Februar 2010 zu einer Bürgerversammlung ein, um über die Situation zu informieren. Zur Erläuterung der gesamtwirtschaftlichen Hintergründe nahm Professor Dr. Helmut Wienert im Auftrag der Hochschule neben Vertretern der Stadt und des Landes auf dem Podium Platz. Nachfolgend ist seine einführende Stellungnahme dokumentiert.

Die wirtschaftliche Aktivität entwickelt sich in Marktwirtschaften wegen nicht perfekter Synchronisation der einzelwirtschaftlichen Aktivitäten in zyklischen Mustern. „Normale“ Auf- und Abschwünge stellen für Unternehmen, Beschäftigte sowie Wirtschafts- und Geldpolitik „normale“ Herausforderungen dar, denen mit den bekannten und „bewährten“ Mitteln begegnet werden kann. Gelegentlich treten allerdings auch schockartige Turbulenzen auf, die viele Länder gleichzeitig betreffen und sich zu einer Abwärtsspirale zuspitzen können. In bislang nicht gekannter Dramatik war dies im Herbst des Jahres 2008 nach dem Zusammenbruch der Investmentbank „Lehman Brothers“ der Fall: Das Vertrauen auf den zuvor „überhitzten“ Finanzmärkten brach schlagartig zusammen, so dass Kreditbeziehungen flächendeckend unterbrochen wurden. In der Folge wurden auch Aufträge für Maschinen storniert, die Produktion eingeschränkt und die Beschäftigung verringert. Die Geldpolitik versuchte durch massive Bereitstellung von Zentralbankgeld gegenzusteuern, die Finanzpolitik stützte mit teuren Garantien Banken und brachte ebenso teure Konjunkturpakete auf den Weg, mit denen die Wucht der Krise abgemildert werden sollte.

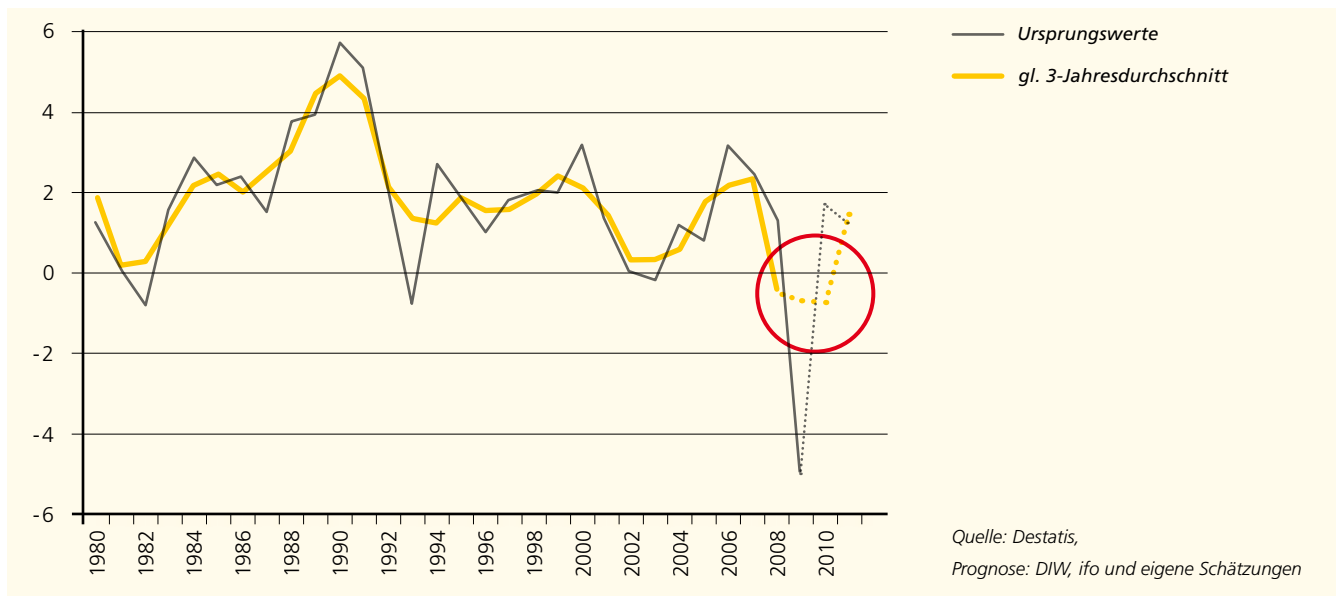
Das besondere Ausmaß des zyklischen Einbruchs wird deutlich, wenn man sich die Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) in der Welt anschaut (Abb. 1). In der Grundtendenz seit 1980 war bis zum Jahr 2008 ein leichter Aufwärtstrend erkennbar. Die besonders hohen Zuwachsraten der Jahre 2004 bis 2008 waren allerdings durch Kreditexzesse in den USA bedingt, die wegen der damit verbundenen immer weiter steigenden Leistungsbilanzdefizite auch ohne Finanzmarktkrise längerfristig nicht durchhaltbar sein konnten. Vor diesem Hintergrund scheint der Wachstumstrend der letzten 30 Jahre in der Welt bei rund 3 % p.a. gelegen zu haben, was einer Verdopplung innerhalb von rund 25 Jahren entspricht. Relativ starke zyklische Einbrüche waren in den Jahren 1982, 1991 und 2001 zu verzeichnen, also im Abstand von rund 10 Jahren. Ohne die besondere Zuspitzung durch die Finanzmarktkrise im Jahr 2008 hätte der Zyklus seit 2002 möglicherweise seinen Abschluss in ähnlicher Zeitspanne, also um 2010/2012 erfahren. Die Schärfe des durch die Finanzkrise erzwungenen Einbruchs im Jahr 2009 ist mit -1 % in der gesamten Nachkriegsgeschichte ohne Beispiel; in Folge der im Verlauf des Jahres voll greifenden geld- und fiskalpolitischen Maßnahmen stabilisierte sich die Lage aber im Verlauf des Jahres 2009, und zum Herbst hin setzte sogar eine Belebung ein, die sich nach den vorliegenden Prognosen im Jahr 2010 fortsetzen dürfte. Schätzungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) lassen eine fortdauernde Erholung auch für die Folgejahre erwarten, wenngleich die methodische Basis für solche Prognosen ziemlich „wackelig“ ist.

Abbildung 1 – Reales BIP in der Welt, 1980 bis 2014; Veränderung gegenüber Vorjahr in %



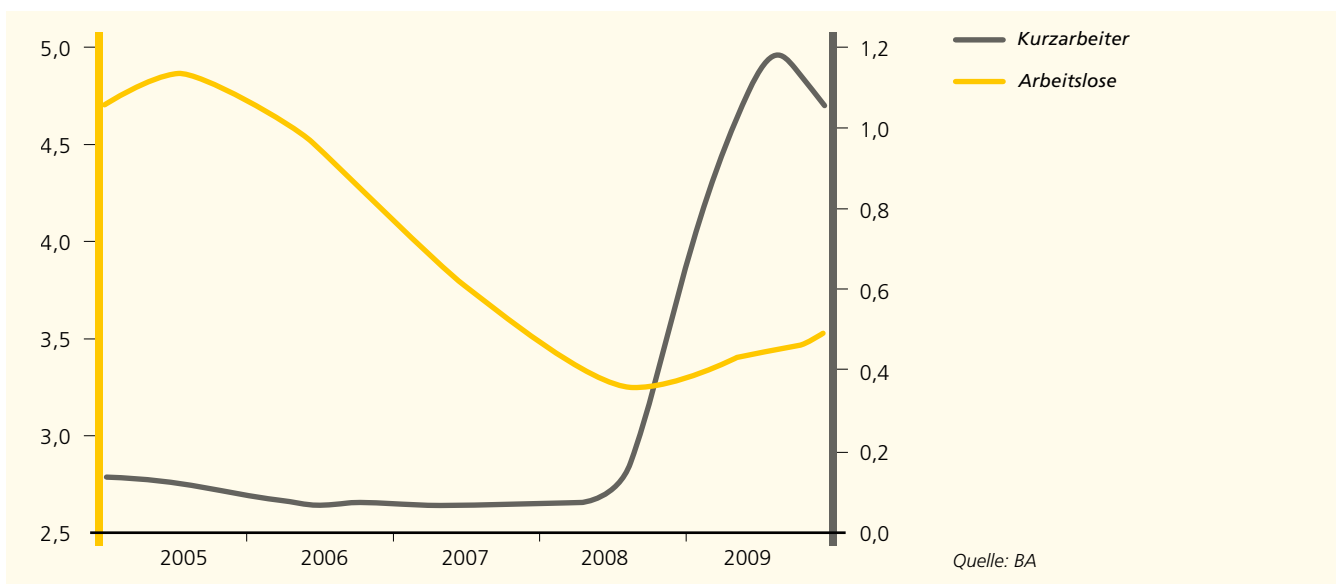
Da die deutsche Volkswirtschaft mit ihrem sehr starken Exportsektor naturgemäß von den weltwirtschaftlichen Entwicklungen abhängig ist und die Finanz- und Bankenkrise auch in Deutschland tiefe Spuren hinterließ, war vor allem die Produktion in der Exportindustrie und bei der Investitionsgütererzeugung betroffen. Von Oktober 2008 bis Januar 2010 brachen die deutschen Ausfuhren mit einer auf ein Jahr hochgerechneten Rate von rund 60 % ein, d.h. die Exporte befanden sich in diese Zeit praktisch im „freien Fall“. Dementsprechend war der Rückgang des deutschen BIP mit -5 % im Jahr 2009 nicht nur wesentlich stärker als in den vorhergehenden Krisenjahren 1982, 1993 und 2002, sondern auch stärker als in fast allen anderen Ländern der Welt (vgl. Abb. 2). Die besonders exportlastige Industrie in Baden-Württemberg war naturgemäß überproportional betroffen, das regionale BIP dürfte 2009 um rund 8 % niedriger als ein Jahr zuvor gewesen sein. Mit der vom IWF prognostizierten Erholung der Weltwirtschaft werden allerdings auch wieder die deutschen Exporte anspringen, die Prognosen für die Entwicklung des deutschen BIP für die Jahre 2010/2011 bewegen sich im Bereich von 1,5 bis 2 %.

Abbildung 2 – Reales BIP in Deutschland, 1980 bis 2011; Veränderung gegenüber Vorjahr in %



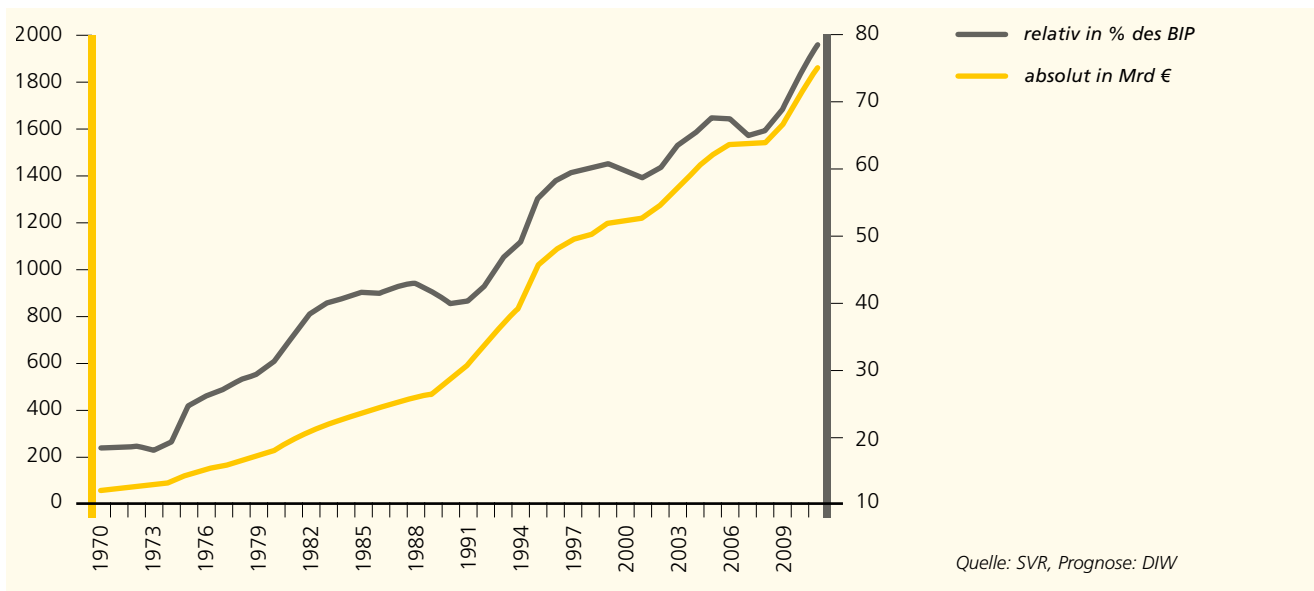
Der in der Nachkriegsgeschichte einmalig starke Einbruch beim BIP konnte nicht ohne gravierende Folgen für den Bedarf an Arbeitskräften bleiben. Allerdings ist der Rückgang bei der Zahl der Erwerbstätigen und der Anstieg der registrierten Arbeitslosigkeit bislang erstaunlich gering ausgefallen. Eine der Ursachen dafür ist die sehr starke Nutzung der gesetzlich geregelten Kurzarbeit durch die Unternehmen (vgl. Abb. 3). In der Spitze arbeiteten 2009 rund 1,2 Mill. Beschäftigte z.T. weit weniger als die tarifliche vorgesehene Arbeitszeit, nachdem zuvor schon die in den vergangenen Jahren durch tarifvertragliche Vereinbarungen ermöglichten, in der Hochkonjunktur gut aufgefüllten Arbeitszeitkonten abgefeiert worden waren. Die Kosten der Kurzarbeit sind erheblich: 2009 trugen von den insgesamt 13 Mrd. € jeweils 5 Mrd. € der Staat und die Unternehmen, 3 Mrd. € fielen bei den Betroffenen an.

Abbildung 3 – Arbeitslose und Kurzarbeiter, 2005 bis 2009; in Mill.



Bei schwacher gesamtwirtschaftlicher Entwicklung gehen die Einnahmen des Staates zurück, denn das Steueraufkommen muss naturgemäß sinken, wenn die Besteuerungsbasis schrumpft. Die Steuerschätzung durch den Arbeitskreis aus Experten von Wirtschaftsforschungsinstituten und Ministerien vom November 2009 lief auf ein Minus für 2009 von knapp 7 % gegenüber 2008 hinaus, für 2010 wurde nochmals ein Rückgang um 2 bis 3 % erwartet. Gleichzeitig steigen krisenbedingt die Staatsausgaben: Kurzarbeitergeld, Arbeitslosenunterstützung, vermehrte Sozialhilfezahlungen, aber auch die ganz erheblichen Kosten der Bankenrettung und der Konjunkturprogramme lassen die Ausgaben bei sinkenden Einnahmen in die Höhe schnellen. Als Folge wächst die ohnehin hohe Staatsverschuldung rasant an (vgl. Abb. 4). Ende 2011 werden fast 2 Bill. € erreicht sein oder mehr als 75 % des BIP. Auch Deutschland hat sich damit weit von der auf seine Intervention hin bei der Einführung der gemeinsamen Euro-Währung beschlossenen Verschuldungsgrenze von 60 % des BIP entfernt.

Abbildung 4 – Verschuldung Gesamtstaat, 1970 bis 2011



Die Kommunen sind von der für den Gesamtstaat berichteten Auseinanderentwicklung von Einnahmen und Ausgaben besonders stark betroffen. Die kommunalen Einnahmen dürften 2009 um 10 % niedriger als im Vorjahr sein und werden 2011 wohl nochmals um 4 % zurückgehen. Ein wichtiger Grund dafür ist, dass die mit weitem Abstand wichtigste kommunale Steuer die Gewerbesteuer ist (vgl. Abb. 5), die besonders empfindlich auf konjunkturelle Schwankungen reagiert, da sie an die Gewinne der gemeindeansässigen Betriebe als Bemessungsgrundlage geknüpft ist. Die Grundsteuer als zweite gemeindeeigene Steuer ist vom Aufkommen her stabiler, fällt mit rund 6 % der Gesamteinnahmen aber nicht so stark ins Gewicht; selbst die Einnahmen aus Gebühren sind mit 10 % Anteil bedeutender. Auf die erheblichen Länderzuweisungen und die kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer haben die Gemeinden keinen direkten Einfluss. Bei den Ausgaben dominieren Personalausgaben, Sachausgaben und Sozialleistungen. In der Krise sind es vor allem die Sozialleistungen, die die Ausgaben der Gemeinden nach oben drücken, und die Kommune hat darauf praktisch keinen Einfluss, da es gesetzlich vorgeschriebenen Leistungen sind.

Abbildung 5 – Einnahmen- und Ausgabenstruktur der Gemeinden, Alte Länder, 2007, Verwaltungshaushalt

Einnahmen		Ausgaben	
Gewerbesteuer	↓ 21%	Personal	29%
Grundsteuer	6%	Sachmittel	5%
Einkommensteuer	20%	Sozialleistungen	↑ 27%
Umsatzsteuer	2%	Zuweisungen	12%
Länderzuweisungen	29%	Zinsen	4%
Gebühren	10%		

Quelle: Destatis

Infolge der sich öffnenden Schere zwischen sinkenden Einnahmen und steigenden Ausgaben der Kommunen entsteht in den nächsten Jahren ein erhebliches Finanzierungsdefizit. *Abb. 6* zeigt, dass es vor allem durch wegbrechende Einnahmen hervorgerufen wird, allerdings sollte auch nicht übersehen werden, dass die Städte und Gemeinden in den Jahren sprudelnder Gewerbesteuererinnahmen der Jahre 2006 bis 2008 die zuvor stärkere Ausgaben disziplin deutlich gelockert hatten

Dr. Helmut Wienert
ist Professor für Volkswirtschaftslehre.

Abbildung 6 – Einnahmen und Ausgaben der Gemeinden, 1991 bis 2011; Mrd. Euro

